A1 Unsere Zukunft? Unsere Regeln! Unsere Kampagne zur Landtagwahl 2027 im Saarland!

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	09.11.2026
Tagesordnungspunkt:	7 Antrag zur Landtagswahlkampagne

Antragstext

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

1. Die LMV nimmt die inhaltliche und organisatorische Planung des Kampagnenteams für die Landtagswahl 2027 zur Kenntnis und beschließt die unten dargestellten zehn Schwerpunkte als inhaltliche Grundlage unserer Kampagne.

2. Die GRÜNE JUGEND Saar beteiligt sich aktiv und mit eigenem, erkennbar jugendpolitischem Profil am Landtagswahlkampf. Wir tragen unsere Forderungen in den Wahlkampf der Grünen und fordern, dass sie dort Gehör finden.

Unsere Zukunft? Unsere Regeln!

Das Saarland soll ein Land sein, in dem junge Menschen bleiben wollen. Hier liegt Wohnraum nicht unerreichbar fern, hier führt eine Ausbildung zu einem fairen Lohn und einer Perspektive, und hier bringt der Bus uns nach Hause, auch wenn wir nicht in der Stadt wohnen. Die Realität sieht für viele anders aus. Wer jung ist, zahlt drauf: bei der Miete, im Semesterbeitrag, bei der Fahrt zur Berufsschule. Zugleich spricht die Politik über uns und selten mit uns. Wir sagen: Das reicht nicht mehr.

Junge Menschen im Saarland brauchen Perspektiven statt Pflichtdienste. Deshalb sagen wir Nein zur Wehrpflicht. Wir wollen keine Zukunft, die von oben zugeteilt wird, sondern eine, die wir selbst gestalten. Dazu gehört auch, dass sich junge Familien ein Zuhause leisten können. Wir fordern darum den Erlass der Grunderwerbsteuer für das erste Eigenheim, damit sie im Land bleiben und Eigentum bilden können.

Die Landtagswahl 2027 entscheidet darüber, ob junge Menschen im Saarland bleiben, hier eine Ausbildung oder ein Studium beginnen und sich eine Wohnung leisten können. Sie entscheidet auch darüber, wie viel Raum rechte Parolen in unserer Demokratie bekommen und ob Parteien sich ihnen in den Weg stellen oder anbiedern. Bei beidem darf die GRÜNE JUGEND nicht Zuschauerin sein. Wir wollen dort mitreden, wo über uns entschieden wird, im Landtag, in den Kommunen und auf der Straße.

Unsere Kampagne ist kompromisslos gerecht. Sie verbindet drei Schwerpunkte, soziale Sicherheit für junge Menschen, also bezahlbares Wohnen, gute Ausbildung, Mobilität für alle und Bildung, die niemanden zurücklässt. Dazu kommt konsequenter Schutz vor Gewalt und Diskriminierung, von feministischer Politik bis zum Kampf gegen rechts. Der dritte Punkt ist die Stärkung demokratischer Beteiligung, denn wer mitentscheiden darf, lässt sich nicht mehr vertrösten.

Wir bleiben dabei nicht zuhause auf der faulen Haut hocken. Mit unseren Aktionspaketen gehen wir dorthin, wo junge Menschen sind, an Schulen, in Bars,

in Parks, an Haltestellen. Wir hören zu, was sie bewegt, und tragen ihre Anliegen in den Wahlkampf. Viele unserer Forderungen sind nur gemeinsam durchsetzbar. Deshalb knüpfen wir Bündnisse mit den Gewerkschaftsjugenden, mit Studierendenvertretungen und mit NGOs. Unsere Kampagne lebt davon, dass alle Mitglieder und Kreisverbände, jede und jeder einzelne von uns sie tragen. Es ist unsere Zukunft, also machen wir auch unsere Regeln.

1. Innere Sicherheit – Schutz vor Gewalt und Desinformation

- Femizide statistisch erfassen: eine einheitliche, zentrale und staatliche Datenerhebung sowie eine Sondereinheit.
- Spezialisierte Gerichte und Kammern für geschlechtsspezifische Gewalt nach spanischem Vorbild, inklusive des Modells der elektronischen Fußfessel im Umgang mit Sexualdelikten.
- Einheitliche Fortbildungsstandards für die Polizei im Umgang mit Menschen in psychischen Ausnahmesituationen, dazu interprofessionelle Teams aus Sozialarbeit, Psychologie und weiteren Fachkräften.
- Eine externe Behörde für Ermittlungen gegen Polizeibeamt*innen.
- Desinformationskampagnen bekämpfen: durch Medienbildung, Plattformregulierung und Verifizierungsmaßnahmen auch auf alternativen Plattformen.

2. Arbeit und Ausbildung

- Faire Löhne: Mindestvergütung für Auszubildende.
- Ausbildung wieder attraktiv machen: Wohnheime für Auszubildende, bessere Ausbildungsbedingungen, gute Übernahme- und Vermittlungsperspektiven,

besondere Unterstützung für Alleinerziehende, ein Vermittlungskonzept für Ausbildungsberufe.

- Ein verpflichtendes Kontingent an Ausbildungsplätzen für größere Betriebe (z. B. ab 250 Beschäftigten); für kleine und mittlere Unternehmen suchen wir tragfähige eigene Lösungen.

- Chancengleichheit durchsetzen: konsequente Umsetzung der Quotenförderung für FLINTA*, migrantisierte und behinderte Menschen, Antidiskriminierung und multinationales Arbeiten.

- Gender Pay Gap abbauen (Teilzeit, Niedriglohnsektor), Vielfaltsbeauftragte und flexible Modelle für Care-Arbeit sowie Landesförderprogramme für FLINTA* in MINT-Berufen und Führungspositionen.

3. Soziale Gerechtigkeit

- Bezahlbarer Wohnraum für junge Menschen: staatlich geförderte Wohnheime für Studierende und Azubis, WG-Mieten, Sozialwohnungen und kommunale Bebauung.

- Landesprogramme und niedrigschwellige, kostengünstige Beratung für Jugendliche in Armut und Wohnungslosigkeit.

- Unabhängige Meldestellen für Diskriminierung und mehr Mittel für Beratungsstellen für Betroffene rechter, homophober und sexistischer Gewalt.

- Konsequente Bekämpfung rechter Gewalt, von der Prävention bis zur Strafverfolgung.

- Gerechte Verteilung: Wir wollen Superreiche stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen ("Tax the rich").

4. Klima, Umwelt und Mobilität

- Mobilität für alle: ein kostenloses Nahverkehrsticket, mehr Finanzierung für den ÖPNV im Saarland, bessere Taktung und Knotenpunkte, transparente Information über Angebote, vor allem im ländlichen Raum.

- Kostenlose Parkplätze an ÖPNV-Knotenpunkten sowie kostenlose, sichere Fahrradstellplätze.

- Ein landesweites Radverkehrsnetz von 4.000 km: Bestandsaufnahme der vorhandenen Radwege, Radverkehrsführung an Bundes- und Landstraßen und rasche Umsetzung des Radverkehrsplans.

- Erneuerbare Energien fördern, ein autofreier Campus in Saarbrücken.

5. Rechtsruck und Demokratie

- Wir fordern das AfD-Verbotsverfahren, und zwar jetzt.

- Unsere Kandidat*innen koalieren nicht mit Parteien, die eine Zusammenarbeit mit der AfD in Erwägung ziehen.
- Beamtenstatus bei aktiver politischer Betätigung in rechtsextremen Parteien überprüfen und aufheben.
- Demokratieförderung in Erwachsenenbildung, Betrieben und Schulen; Förderung politischer Jugendarbeit sowie von Organisationen wie LSVD, DGB und Diakonie.
- Mitbestimmung stärken: Kompetenzen der Studierendenparlamente ausbauen und ihre Forderungen verbindlich behandeln, Kinder- und Jugendparlamente stärken, Azubi-Parlamente prüfen.

6. Bildung und Chancen

- Gerechte und faire Bildung, mehr Förderung für Kinder aus armutsgefährdeten Haushalten.
- Deutsch als Zweitsprache stärken und Schulpsychologie ausbauen.
- Demokratiebildung an Schulen (Klassenräte, SV), Digitalisierung an Schulen fördern.
- Studieren bezahlbar machen: Semesterbeitrag senken, das Studierendenwerk staatlich finanzieren, das Semesterticket zu 60 % subventionieren und Verwaltungsgebühren streichen.

7. Asyl und Integration

- Kostenlose, fach- und berufsspezifische Sprachförderung unter Beteiligung von Betrieben oder Land.
- Niedrigschwellige, freiwillige Integrationskurse mit Demokratieangeboten wieder einführen.
- Wiedereinführung der anwaltlichen Pflichtvertretung in Abschiebehaftsachen (rechtlich noch zu prüfen).

8. Feministische Gesundheitspolitik

- Mehr Aufklärung und Weiterbildung zu Endometriose.
- Sichere Schwangerschaftsabbrüche, auch während des Studiums.
- Weibliche Physiologie als verpflichtender Teil medizinischer Aus- und Weiterbildung; Zulassungsstudien und Untersuchung von Nebenwirkungen für alle Geschlechter.
- FLINTA*- und trans*freundliche Infrastruktur in Kliniken, feministische Gesundheitsworkshops (z. B. Reanimation bei Frauen).
- Kostenfreie Verhütungs- und Menstruationsprodukte.

9. Kultur und Ehrenamt

- Ehrenamt stärken: Auszeichnungen, Vergünstigungen (z. B. im ÖPNV) und Freistellungen durch Arbeitgeber.
- Vereinsarbeit und Sportprogramme finanziell fördern.
- Kneipen- und Clubsterben verhindern, Jugendzentren fördern.

Unser Weg in den Wahlkampf

Um uns startklar zu machen für die Kampagne haben wir Aktionspakete entwickelt, die unsere Inhalte auf die Straße transportieren sollen:

1. Mein Stift zählt: Was muss sich an Schulen ändern?

Thema: Bildung und Schule

Alternative Namen: „Schule neu gedacht: wo setzt du an?“ oder „Schule, wie sie sein sollte“

Materialien:

- 5–8 Gläser mit Etiketten (Titel und Icon, besser anpassbar mit Kreidemarker): Gebäudesanierung, Digitalisierung, Unterrichtsausfall / mehr Lehrkräfte, Schulessen, Mental Health, Schulsozialarbeit, Mitbestimmung, Schulweg, Nachhaltigkeit an der Schule, Demokratieunterricht, gute Ausstattung
- Schild oder Banner mit Erklärung, Tafel als Schild, Tisch, Bleistifte, Klebeband

Giveaways: gebrandete Bleistifte, Lineale („Leg die Messlatte höher“), Radiergummis

Ablauf: Es wird eine Art Schulstation aufgebaut: Mehrere beschriftete Gläser stehen auf einem Tisch. Jede Person erhält 3–6 Bleistifte und steckt sie in die Gläser, die ihr am wichtigsten sind. Als Giveaway gibt es Lineale, Bleistifte und Radiergummis.

Gesprächsthemen: Was hat dich in deiner Schulzeit am meisten gestört? Mental Health und Freizeit in der Schule, Leistungsdruck, Unterrichtsausfall.

2. Abgehängt oder Ausgebildet?

Thema: Ausbildung und Arbeit

Materialien: 2 Plastikmikrofone, 12 beschriebene Fragenkarten mit Fakten

Giveaway: Schlüsselbund mit „Unsere Ausbildung – Unsere Regeln!“

Ablauf: Straßenquizshow mit Schätz- und Wissensfragen rund um Ausbildung und Arbeit; wer antwortet, kann ein kleines Giveaway gewinnen. Ziel ist es, über Ungerechtigkeiten ins Gespräch zu kommen und unsere Forderungen mitzuteilen.

Forderungen:

- Mindestlohn für alle
- Quotenförderung in großen Betrieben
- Vermittlungskonzept für Ausbildungen im Saarland (z. B. für arbeitslose Jugendliche, Migrantisierte, FLINTA*-Förderung in technischen Berufen)

Fragen und Antworten:

- Wie hoch ist die Ausbildungsvergütung im 1. Ausbildungsjahr ungefähr? – ca. 900 €
- Wie viel Prozent der Ausbildungsplätze blieben im Saarland 2024/25 unbesetzt? – ca. 8 % (500 von 6.000)
- Wie viel Prozent der Auszubildenden im Saarland sind mit ihrer Ausbildung zufrieden? – 64 %, der zweitniedrigste Wert seit Start des DGB-Reports 2012
- Top-5-Ausbildungsberufe im Saarland bei Männern*: Kraftfahrzeugmechatroniker (9 %), Heizungsbauer (6 %), Fachinformatiker (5 %), Elektroniker (4 %), Industriemechaniker (3 %)
- Top-5-Ausbildungsberufe im Saarland bei Frauen*: Kauffrau für Büromanagement (10 %), Medizinische Fachangestellte (8 %), Verkäuferin (7 %), Zahnmedizinische Fachangestellte (7 %), Kauffrau im Einzelhandel (4 %)
- Welche Branche gehört im Saarland zu den wichtigsten Ausbildungsbereichen? – Industrie/Metall
- Wie viele verschiedene Ausbildungsberufe gibt es ungefähr? – ca. 250
- Ab welchem Alter kann man eine Ausbildung beginnen? – ab 15 Jahren
- Wie hoch ist der Anteil der Auszubildenden, die ihre Ausbildung erfolgreich abschließen? – 75–80 %
- Gibt es in Deutschland eine gesetzliche Ausbildungsquote für migrantisierte Personen? – Nein
- Wie hoch ist das monatliche Arbeitsentgelt in einer Werkstatt für Behinderte? – ca. 230 €
- Wie viele Jugendliche und junge Erwachsene waren 2025 arbeitslos? – ca. 3.200 (unter 25)

Quellen: IAB-Betriebspanel Saarland, Zusatzbericht 2025 (saarland.de); freiheitsrechte.org; Statistik der Bundesagentur für Arbeit

3. Unsere Straßen, unsere Regeln

Thema: Mobilität

Materialien:

- Magnettafel (ggf. von einem anderen Aktionspaket), Magnete
- Laminiergerät, Folien, Schere
- Vorlagen verschiedener Verkehrsmittel: Bus, Bahn, Auto, Fahrrad, Fußgänger*in, E-Scooter, Motorrad, Rollstuhl, Kinderwagen

Giveaway: Mini-Taschenlampe mit Aufdruck „GRÜNE JUGEND Saar“

Ablauf: Auf der Tafel werden die Verkehrsmittel gerankt: nach persönlicher Priorität und danach, wie viel Platz sie im Straßenverkehr bekommen sollten bzw. wie viel Förderung sie erhalten sollten.

Forderungen:

- Ausbau von ÖPNV und Fahrradnetz
- Sichere, räumlich abgetrennte Fahrradwege

Begründung

Erfolgt vor Ort